

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII

<i>Einführung</i> . . . . .	1
-----------------------------	---

<i>Erstes Kapitel: Die Entstehungsgeschichte des gemeinschaftlichen Rechtsetzungssystems vor dem Hintergrund des Widerstreits der unterschiedlichen Lesarten des Gemeinschaftsrechts</i> . . . . .	47
--	----

§ 1 Das Maß an politischer Gestaltungsautonomie als Prüfstein zur Bestimmung der notwendigen Input-Legitimation . . . . .	48
---	----

§ 2 Die Rechtsangleichung durch Richtlinien als Ausdruck eines delegationsrechtlichen Legitimationsverständnisses . . . . .	91
---	----

§ 3 Der Kompromiss mit den Föderalisten: Verlagerung der Parlamentarisierung der Gemeinschaft in die Zukunft . . . . .	162
--	-----

<i>Zusammenfassung der Erkenntnisse des ersten Kapitels</i> . . . . .	175
---	-----

<i>Zweites Kapitel: Die Intensivierung der gemeinschaftlichen Rechtsetzung in den Aufbaujahren der EWG und die Debatte über die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die Legitimierung der Gemeinschaft</i> . . . . .	179
---	-----

§ 4 Grundlegungen: Die Intensivierung der gemeinschaftlichen Rechtsetzung als integrationspolitische Strategie, als technische Notwendigkeit und als Folge institutionenimmanenter Anreize . . . . .	179
--	-----

§ 5 Die frühen Debatten über die Rechtsangleichung innerhalb der Gemeinschaftsinstitutionen und des Schrifttums . . . . .	193
---	-----

§ 6 Die Judikatur des EuGH zur unmittelbaren Wirkung staatengerichteter Rechtsakte . . . . .	259
§ 7 Jahre der Neuorientierung: 1973–1985 . . . . .	313
<i>Zusammenfassung der Erkenntnisse des zweiten Kapitels . . . . .</i>	<i>338</i>
<i>Drittes Kapitel: Die Verlagerung des Deutungskonflikts und das Wesen der Rechtsangleichung aus heutiger Sicht . . . . .</i>	<i>341</i>
§ 8 Weitere Intensivierung der gemeinschaftlichen Rechtsetzung durch die EEA mit Fortwirkung bis in die Gegenwart . . . . .	342
§ 9 Bestrebungen zur Füllung des infolge der EEA und der weiteren Integration entstandenen Input-Legitimationsvakuum . . . . .	367
§ 10 Das gegenwärtige Spannungsverhältnis zwischen der gesetzgebungs- analogen Wirkweise der Rechtsangleichung und der herrschenden Auffassung von der Abgeleitetheit der Unionsgewalt . . . . .	435
<i>Zusammenfassung der Erkenntnisse des dritten Kapitels . . . . .</i>	<i>487</i>
<i>Schluss . . . . .</i>	<i>491</i>
Literaturverzeichnis . . . . .	507
Quellenverzeichnis . . . . .	529
Sachregister . . . . .	543
Personenregister . . . . .	549

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII

<i>Einführung</i> . . . . .	1
A. Problemaufriss und Erkenntnisgewinn . . . . .	1
B. Grundlegungen . . . . .	6
I. Zentrale These, theoretischer Rahmen und erste Begriffsbestimmungen . . . . .	6
II. Zur delegationsrechtlichen Lesart . . . . .	12
III. Zur föderalverfassungsrechtlichen Lesart . . . . .	16
IV. Rechtsangleichung durch Richtlinien als Ausdruck der delegationsrechtlichen Lesart . . . . .	26
V. Der Widerstreit der zwei Lesarten als Katalysator der Intensivierung der gemeinschaftlichen Rechtsetzung . . . . .	31
VI. Methodologie und Aufriss der Untersuchung . . . . .	40

<i>Erstes Kapitel: Die Entstehungsgeschichte des gemeinschaftlichen Rechtsetzungssystems vor dem Hintergrund des Widerstreits der unterschiedlichen Lesarten des Gemeinschaftsrechts</i> . . . . .	47
--	----

§ 1 Das Maß an politischer Gestaltungsautonomie als Prüfstein zur Bestimmung der notwendigen Input-Legitimation . . . . .	48
A. Liberalisierung als primäres Mittel zur Erreichung der EWG-Vertragsziele . . . . .	49
I. Zwischenstaatliche Liberalisierung als Gegenmodell zur Fusion staatlicher Souveränitäten . . . . .	49
II. Überstaatliche Steuerung zwischenstaatlich beschlossener Liberalisierung . . . . .	57

III. Allteilige Verbindlichkeit als prägendes Charakteristikum liberalisierender Anordnungen . . . . .	58
B. „Echte“ überstaatliche Steuerung und Gestaltung in EWG und EGKS . . . . .	59
I. Flexible Handlungsfähigkeit im Einzelfall. „Verwaltungsunion“ . . . . .	60
1. Die Hohe Behörde der EGKS . . . . .	60
2. Die Kommission im Wettbewerbsrecht der EWG . . . . .	63
II. Die abstrakt-generelle Rechtsetzung durch die Gemeinschaft . . . . .	64
1. Durchführungsrechtsetzung mit geringem autonomen Gestaltungspotenzial . . . . .	64
a) Durchführungsrechtsetzung in der EGKS . . . . .	65
b) Durchführungsrechtsetzung im Wettbewerbsrecht der EWG als Ursprungsfunktion der Ratsverordnung . . . . .	66
2. Eingriffspolitiken in der EWG . . . . .	74
3. Rechtsangleichung in der „Rechtsetzungsgemeinschaft“ EWG . . . . .	77
a) Rechtsangleichung als Mittel zur „Berichtigung“ von Wettbewerbsverzerrungen . . . . .	77
b) Rechtsangleichung als Mittel zur Beseitigung diskriminierender, aber gerechtfertigter sowie nicht-diskriminierender, aber handelshemmender Maßnahmen . . . . .	81
(1) Rechtsangleichung zur Schaffung der Bedingungen für die unmittelbare Wirkung von Diskriminierungsverboten . . . . .	81
(2) Angleichung handelshemmender (und sonstiger marktfreiheitshemmender) staatlicher Vorschriften innerhalb und außerhalb des Schutzbereichs der Grundfreiheiten . . . . .	84
4. Rechtsangleichung als Sachpolitik. Zusammenfassung ihrer ursprünglichen Ziele als erster Schritt zur Rekonstruktion einer allgemeinen Definition . . . . .	87
C. Zwischenbetrachtung . . . . .	89
§ 2 Die Rechtsangleichung durch Richtlinien als Ausdruck eines delegationsrechtlichen Legitimationsverständnisses . . . . .	91
A. Übersicht über die hybride Legitimation der Rechtsangleichung im EWG-Vertrag . . . . .	91
I. Funktionale Bestimmung der Reichweite der Rechtsangleichung . . . . .	91
II. Teilweises Erfordernis der Einstimmigkeit im Rat . . . . .	95
III. Anhörung der Versammlung . . . . .	97

IV. Substanzieller Umsetzungsspielraum. Differenzierte Integration nach Maßgabe des gemeinschaftsspezifischen Subsidiaritätsprinzips . . . . .	100
B. Nähere Betrachtung des zentralen Legitimationsmechanismus:	
Rechtsangleichung durch zielverbindliche Ratsrichtlinien . . . . .	101
I. Die Ursprünge der „Teilfusionierung von Souveränitäten“ im Recht der EGKS . . . . .	102
II. Staatengerichtete Empfehlungen der Hohen Behörde . . . . .	106
III. Rechtstheoretische Erwägungen: Monismus, Dualismus und der Streit um die Unterscheidung von „Verbindlichkeit“ und „Geltung“ . . . . .	111
1. Ausgangsfrage . . . . .	111
2. Begriffsbildung . . . . .	112
3. Supranational-monistische Konzeption der allgemeinen Entscheidung . . . . .	115
4. Supranational-dualistische Konzeption der staatengerichteten Empfehlung? . . . . .	118
IV. Die teilweise Übertragung von Souveränitäten in der EWG. . . . .	
Zwischen Neuorientierung und Kontinuität . . . . .	122
1. Neuorientierung: Institutionell, wirtschaftspolitisch und terminologisch . . . . .	123
2. Die Notwendigkeit der vermehrten Einschaltung staatlicher Stellen . . . . .	124
3. Die korrespondierende Betonung der Notwendigkeit der Transformation staatengerichteter Entscheidungen und Zielvorgaben . . . . .	125
V. Kontinuität: Die Debatte um die Legitimierung der Rechtsangleichung und die Entscheidung zugunsten der Fortführung der teilweisen Übertragung von Souveränitäten . . . . .	127
1. Die Verhandlungen über die allgemeine Rechtsangleichung in der Arbeitsgruppe Gemeinsamer Markt und die Debatten über die institutionelle Architektur der EWG . . . . .	128
2. Die Verhandlungen über weitere relevante Sekundärrechtsermächtigungen . . . . .	136
a) Sonderfall: Die Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit gem. Art. 49 EWGV . . . . .	136
b) Die speziellen Rechtsangleichungsermächtigungen im Niederlassungs- und Dienstleistungsrecht . . . . .	139
3. Der Verweis an die Redaktionsgruppe . . . . .	141

a) Die Konzipierung der Richtlinie durch die Redaktionsgruppe. Rekonstruktion der ursprünglichen Funktion und Bedeutung ihrer Definitionsmerkmale . . . . .	143
(1) Zielverbindlichkeit . . . . .	145
(2) Umsetzungsbedürftigkeit . . . . .	146
(3) Substanzieller Umsetzungsspielraum . . . . .	150
b) Die Rückzuordnung der Richtlinie . . . . .	156
(1) Konfusionen bei der Rückzuordnung von Richtlinie, Verordnung und staatsgerichteter Entscheidung . . . . .	156
(2) Systemkohärente Rückzuordnung . . . . .	158
C. Zwischenbetrachtung: Die ursprüngliche Bedeutung von Rechtsangleichung . . . . .	161
 § 3 Der Kompromiss mit den Föderalisten: Verlagerung der Parlamentarisierung der Gemeinschaft in die Zukunft . . . . .	162
A. Von der EGKS über die EPG/EVG bis hin zur EWG. Der Traum von der Parlamentarisierung der Gemeinschaften im Zeitalter der Technokratie . . . . .	164
B. „Politique du possible“ in den Verhandlungen über die EWG . . . . .	169
C. Die dynamische Struktur und die Webfehler des EWG-Vertrags als „Türöffner“ zu einer bundesstaatlichen Gesetzgebung? . . . . .	172
 <i>Zusammenfassung der Erkenntnisse des ersten Kapitels . . . . .</i>	175
 <i>Zweites Kapitel: Die Intensivierung der gemeinschaftlichen Rechtsetzung in den Aufbaujahren der EWG und die Debatte über die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die Legitimierung der Gemeinschaft . . . . .</i>	179
 § 4 Grundlagen: Die Intensivierung der gemeinschaftlichen Rechtsetzung als integrationspolitische Strategie, als technische Notwendigkeit und als Folge institutionenimmanenter Anreize . . . . .	179
A. Intensivierung der Rechtsetzung als Strategie nach Maßgabe der föderalverfassungsrechtlichen Lesart des EWG-Vertrags . . . . .	179
I. Abstrakte Darstellung der Strategie als Modell . . . . .	179
II. Historischer Kontext . . . . .	180

B. Die föderalverfassungsrechtliche Lesart des Gemeinschaftsrechts als Mittel zur Verfolgung anderer Ziele als der Errichtung des europäischen Bundesstaats . . . . .	189
§ 5 Die frühen Debatten über die Rechtsangleichung innerhalb der Gemeinschaftsinstitutionen und des Schrifttums . . . . .	193
A. Die Debatten innerhalb der Gemeinschaftsinstitutionen . . . . .	193
I. Die Stellungnahmen der mitgliedstaatlichen Delegationen zu verschiedenen Vorschlägen der Kommission . . . . .	194
1. Die Aufnahme der Rechtsetzungstätigkeit, Rechtsvereinheit- lichung allein durch völkerrechtliche Abkommen . . . . .	194
2. Die erste vollharmonisierende Richtlinie . . . . .	196
3. Bestimmung des Begriffs der Vollharmonisierung vor dem Hintergrund der Legaldefinition der Richtlinie . . . . .	198
4. Die Kernfragen der Rechtsangleichung dargestellt anhand eines Vorschlags einer Richtlinie über Bolzensetzwerkzeuge . . . . .	200
a) Art. 100 versus Art. 118 EWGV: Richtlinie versus Abkommen . . . . .	200
b) Die Frage nach der zulässigen Regelungsintensität von Richtlinien . . . . .	203
c) Die Frage nach der Zulässigkeit qua Richtlinie angeordneter gegenseitiger Anerkennung . . . . .	204
d) Die Frage nach der Notwendigkeit der Präexistenz handelshemmenden oder wettbewerbsverzerrenden staatlichen Partikularrechts . . . . .	206
II. Der Schulterschluss zwischen Parlament und Kommission . . . . .	208
1. Rolle und Strategie des Parlaments bei der Rechtsangleichung . . . . .	209
2. Rolle und Strategie der Kommission bei der Rechts- angleichung . . . . .	213
B. Zwischenbetrachtung . . . . .	219
C. Die Stellungnahmen der Wissenschaft zur Frage nach der zulässigen Regelungsintensität von Richtlinien . . . . .	221
I. Überwiegende Unterstützung trotz unterschiedlicher Positionen . . . . .	222
1. Vermeintlich unproblematische Vereinbarkeit mit Wortlaut und Genese des Art. 189 Abs. 3 EWGV . . . . .	223
2. Abkehr von Wortlaut und Entstehungsgeschichte des Art. 189 Abs. 3 EWGV . . . . .	227
3. Die Schnittstelle der beiden Positionen . . . . .	232

II. Der Beginn der mit der Richtlinienpraxis korrelierenden Umdeutung des Begriffs der Rechtsangleichung . . . . .	233
III. Die kritischen Stimmen . . . . .	237
D. Stellungnahme und „rückwirkende“ Neubewertung des Problems detaillierter Richtlinien . . . . .	244
I. Dogmatische Begründung der Notwendigkeit eines substanziellen Umsetzungsspielraums . . . . .	244
II. „Rückwirkende“ Neubewertung zur Schaffung operativer Bedingungen für die gegenwärtige Rechtslage . . . . .	248
1. Einzelne Kriterien zur Bestimmung der zulässigen Regelungsdichte im Einzelfall . . . . .	249
2. Die Judikatur des BVerfG zur zulässigen Regelungsdichte von Rahmengesetzen gem. ex-Art. 75 GG als mögliche Referenz? . . . . .	254
E. Zwischenbetrachtung . . . . .	258
§ 6 Die Judikatur des EuGH zur unmittelbaren Wirkung staatengerichteter Rechtsakte . . . . .	259
A. Die Diskussion in den 1960er Jahren . . . . .	260
B. Klarstellung: Implizite Voraussetzung eines (Anwendungs-)Vorrangs . . . . .	266
C. Van Gend & Loos. Bedeutsamer Ausgangspunkt, aber untauglicher Referenzfall . . . . .	269
D. Franz Grad und SACE. Strenge Subsumtion mit vorausschauender Folgenabwägung versus „effet utile“ und Legitimationslogik . . . . .	273
I. Franz Grad / Finanzamt Traunstein . . . . .	273
II. S.p.a. SACE / Italienisches Finanzministerium . . . . .	280
E. Van Duyn. Möglichkeit der Vorwegnahme staatlicher Gestaltungserwägungen . . . . .	281
F. Ratti. Nachträgliche Legitimierung durch „Gentlemen’s Agreement“? . . . . .	289
G. Gesamtbewertung der Rechtsprechungslinie . . . . .	296
H. Unmittelbare Wirkung und richtlinienkonforme Auslegung . . . . .	302
I. Das „Schattendasein“ der Sperrwirkung des Richtlinien-(umsetzungs)rechts? . . . . .	305
J. Zwischenbetrachtung . . . . .	311
§ 7 Jahre der Neuorientierung: 1973–1985 . . . . .	313
A. Vertikale Verdichtung und horizontale Erweiterung der gemeinschaftlichen Rechtsetzung bei gleichzeitiger Lähmung des Rechtserzeugungsprozesses . . . . .	313



B. Die Direktwahl zum Europäischen Parlament . . . . .	317
C. Die Debatte um die effektive Verwirklichung des freien Warenverkehrs und erste Anzeichen für eine (teilweise) . . . . .	319
integrationspolitische Kehrtwende . . . . .	319
I. Interventionismus, Fusion und europäische Staatlichkeit . . . . .	322
II. Gegenbewegung: „Government is not the solution to our problem; government is the problem“ . . . . .	326
D. Die aus der Intensivierung der gemeinschaftlichen Rechtsetzungen gezogenen Schlüsse für den Fortgang der europäischen Einigung. . .	332
Delegationsrechtliche versus föderalverfassungsrechtliche Lesart . .	332
I. Das Weißbuch der Kommission über die Verwirklichung des Binnenmarkts . . . . .	332
II. Das Scheitern des Spinelli-Entwurfs . . . . .	335

<i>Zusammenfassung der Erkenntnisse des zweiten Kapitels . . . .</i>	338
--	-----

<i>Drittes Kapitel: Die Verlagerung des Deutungskonflikts und das Wesen der Rechtsangleichung aus heutiger Sicht . . . . .</i>	341
--	-----

§ 8 Weitere Intensivierung der gemeinschaftlichen Rechtsetzung durch die EEA mit Fortwirkung bis in die Gegenwart . . . . .	342
A. Die nachträgliche Legitimierung der kontroversen Rechtspraxis der Aufbaujahre durch Einführung des Art. 100a EWGV . . . . .	342
I. Abgrenzung der Anwendungsbereiche von Art. 100a und Art. 100 EWGV . . . . .	344
II. Die in Art. 100a EWGV enthaltenen Neuerungen im Hinblick auf die Gesetzesqualität der zu erlassenden Maßnahmen . . . . .	348
1. „Maßnahmen“ als Möglichkeit des Verordnungserlasses . . .	348
2. Erhöhte autonome Gestaltungsmacht . . . . .	349
3. Gesetzesanalogie auf der Rechtswirkungsseite . . . . .	351
B. Delegationsrechtliche Ausgleichsmechanismen auf vertraglicher Ebene? . . . . .	352
I. Kontrollverlust durch Übergang zum Mehrheitsprinzip im Rat, die Bedeutung von Output-Legitimation und die Skepsis gegenüber weiteren institutionellen Reformen . . . . .	352
II. Die Einführung neuer Formen differenzierter Integration . . . .	354
1. Vorab: Die dänische Verhandlungsstrategie im Hinblick auf Art. 100a EWGV . . . . .	354

2. Vorbehalte zugunsten einzelstaatlicher Sonderregelungen gemäß Art. 100a Abs. 4 EWGV . . . . .	355
3. Die Mindestharmonisierung in neuen Politikbereichen als intendierte Begrenzung des Art. 100a EWGV? . . . . .	358
C. Föderalverfassungsrechtliche Ausgleichsmechanismen? . . . . .	362
D. Delegationsrechtliche Ausgleichsmechanismen auf einzelstaatlicher Ebene . . . . .	365
E. Zwischenbetrachtung . . . . .	366
§ 9 Bestrebungen zur Füllung des infolge der EEA und der weiteren Integration entstandenen Input-Legitimationsvakuum . . . . .	367
A. Der rasche Weg nach Maastricht . . . . .	368
B. Die Verhandlungen und die Ratifikation des Vertrags von Maastricht im Lichte der unterschiedlichen Lesarten . . . . .	370
I. Föderalverfassungsrechtliche Verhandlungsposition: Nach wie vor Übergewicht gubernativer Rechtsetzung . . . . .	370
1. Die Forderung nach einer umfassenden Anwendung des Mitentscheidungsverfahrens . . . . .	371
2. Der erste Versuch der Etablierung einer staatsanalogen Normenhierarchie im Lichte der Beziehungen zwischen Europaparlament, nationalen Parlamenten, nationalen Regierungen und der Kommission . . . . .	372
II. Delegationsrechtliche Lesart des zu ratifizierenden Vertrags: Mitentscheidung als unzureichender Legitimationsmechanismus . . . . .	378
1. Großbritannien und die Erklärung über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente . . . . .	379
2. Das „Maastricht-Urteil“ des BVerfG . . . . .	381
a) Demokratische Rückbindung durch Zustimmungsgesetz und Grenzen der Übertragung von Hoheitsrechten . . . . .	381
b) Zusätzliche demokratische Rückbindung bei der Ausfüllung des „traité cadre“ . . . . .	383
c) Die größere legitimatorische Bedeutung der einzelstaatlichen Parlamente im Vergleich zum Europäischen Parlament . . . . .	383
d) Einzelne delegationsrechtliche Legitimationsmechanismen . . . . .	386
III. Das grundsätzliche Scheitern der Etablierung einer staatsanalogen Normenhierarchie . . . . .	387
1. Gründe für den Widerstand der staatlichen Regierungen . . . . .	388
2. Fragmentarische Relikte einer Normenhierarchie . . . . .	390
C. Zwischenbetrachtung . . . . .	392

D. Unausgesprochene Implikationen für die Legitimationsfunktion der Richtlinie . . . . .	393
I. Bestätigung des Bedeutungsverlusts der Richtlinie in der weiteren Rechtsetzungspraxis trotz Einführung neuer Intensivierungs- und Sanktionierungsmechanismen durch den EuGH . . . . .	394
II. Dennoch: Kurzzeitige Wiederkehr der „ursprünglichen“ Richtlinie in Gestalt des Rahmenbeschlusses durch den Vertrag von Amsterdam? . . . . .	398
1. Hintergrund der Einführung einer „neuen“ Rechtsform . . . . .	398
2. Weitere Merkmale des Rahmenbeschlusses . . . . .	400
3. Der Streit um die Deutung des Rahmenbeschlusses als völker- oder quasi-gemeinschaftsrechtliche Handlungsform vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte der Richtlinie . . . . .	401
4. Das Problem der demokratischen Legitimation der Rechtsetzung in der „Dritten Säule“. Wiederentdeckung der Legitimationsfunktion der Umsetzung und Fehlschluss bei der Bestimmung der daraus folgenden Konsequenzen . . . . .	404
E. Zwischenbetrachtung . . . . .	407
F. Eine Verfassung für Europa? Erwartungen und Realität . . . . .	410
I. Die Bedeutung des Konvents als Verhandlungsmethode . . . . .	411
II. Der Inhalt des Vertrags(-entwurfs). . . . .	412
1. Keine autonome unionale Hoheitsgewalt . . . . .	412
2. Kein überstaatliches parlamentarisches Regierungssystem trotz entsprechender Terminologie . . . . .	413
a) Erfolglose Vorschläge zur Etablierung eines parlamentarischen Regierungssystems . . . . .	415
b) Dennoch: Staatsrechtliche Terminologie und staatsanaloge Normenhierarchie . . . . .	416
3. (Keine) Neuordnung der Kompetenzen und die Debatte um die Zukunft der Rechtsangleichung nach Art. 95 EGV . . . . .	420
4. Weitere Einbeziehung der einzelstaatlichen Parlamente in die unionale Rechtsetzung . . . . .	428
III. Bilanz: Keine Verfassung im staatstheoretischen Sinne . . . . .	431
IV. Mögliche Gründe für die Zurückweisung des Verfassungs- vertrags . . . . .	432
G. Der Weg nach Lissabon . . . . .	433
§ 10 Das gegenwärtige Spannungsverhältnis zwischen der gesetzgebungs- analogen Wirkweise der Rechtsangleichung und der herrschenden Auffassung von der Abgeleitetheit der Unionsgewalt . . . . .	435

A. Rechtsangleichung als Gesetzgebung . . . . .	435
B. Die Verlagerung des Konnexes zwischen Rechtsangleichung und staatlichem Recht in das „Reich des Hypothetischen“ als vermittelnder Ansatz zur Lösung methodischer Probleme . . . . .	437
I. Veranschaulichende Darstellung der im Ersten Kapitel gewonnenen Erkenntnisse als Modell: Das staatliche Recht als Anlass und Bestimmungsort der Rechtsangleichung . . . . .	438
II. Ausgewählte Rechtsprobleme . . . . .	440
1. Präventive Rechtsangleichung und ihr Verhältnis zum Postulat der Zweckbindung . . . . .	440
2. Rechtsvereinheitlichung durch Verordnungen . . . . .	444
3. Die Schaffung unionaler Rechtsformen und Schutzrechte durch Verordnungen . . . . .	445
4. Die Rechtsprechung des EuGH zu den Verwaltungs- befugnissen von Unionsorganen und -agenturen. Konzentration auf das „Annexkompetenz-Argument“ . . . . .	447
a) Systemwidrigkeit der Ermächtigung überstaatlicher Stellen durch Richtlinien . . . . .	447
b) Rechtstechnisch möglich, aber kompetenzrechtlich fragwürdig: Der Erlass von Verordnungen zur Übertragung von Verwaltungsbefugnissen auf Unionsorgane und Agenturen auf Grundlage der Rechtsangleichungsgeneralklausel . . . . .	450
5. Die partielle Auflösung der Trennlinie zwischen Unionsrecht und staatlichem Recht in der Europäischen „Bankenunion“ . . . . .	455
6. Die gegenwärtige Auslegungsgrenze des Art. 114 AEUV: „Optionales Unionsrecht“ . . . . .	463
C. Zwischenbetrachtung . . . . .	465
D. Neuausrichtung der föderalverfassungsrechtlichen Lesart: Angleichung von Grundrechtsstandards und Unitarisierung der Rechtsetzung durch Grundrechte . . . . .	467
I. Angleichung und Vereinheitlichung von Grundrechtsstandards durch Rechtsetzung im Rahmen einer „Doppelgeltung“ unionaler und nationaler Grundrechte . . . . .	470
II. Unitarisierung der Rechtsetzung durch Grundrechtsschutz. . . . . Unterwanderung der Zielsetzung einer „Doppelgeltung“ europäischer und nationaler Grundrechte? . . . . .	480
III. Bewertung der Entwicklung . . . . .	485
<i>Zusammenfassung der Erkenntnisse des dritten Kapitels . . . . .</i>	<i>487</i>

<i>Schluss</i> . . . . .	491
A. Zusammenfassende Beantwortung der Ausgangsfrage durch die in dieser Arbeit verifizierten Thesen . . . . .	491
B. „Gegenprobe“: Die Datenschutz-Grundverordnung. Kein Argument gegen die in dieser Arbeit gefundenen Ergebnisse . . .	495
C. Richtlinie und Rechtsangleichung. Fortwährende Bedeutung über die gegenwärtige Gestalt der Union hinaus? Aus der Erkenntnis der Geschichtlichkeit des Rechts gewonnene Erträge . . . . .	501
Literaturverzeichnis . . . . .	507
Quellenverzeichnis . . . . .	529
Entstehungsgeschichte des EGKS-Vertrags . . . . .	529
Integrationsgeschichte 1941–1953 . . . . .	530
Entstehungsgeschichte des EWG-Vertrags . . . . .	531
Quellen zur gemeinschaftlichen Rechtsetzung in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des EWG-Vertrags . . . . .	533
EuGH-Rechtsprechung der 1970er Jahre (Prozessakten) . . . . .	536
Entstehungsgeschichte der EEA . . . . .	537
Entstehungsgeschichte des Vertrags von Maastricht . . . . .	538
Verhandlungsgeschichte des Verfassungsvertrags . . . . .	539
Verschiedene Quellen aus dem „Archive of European Integration – University of Pittsburgh“ . . . . .	540
Vorträge/Reden, Beiträge auf Konferenzen und sonstige Dokumente	540
Zeitungsartikel . . . . .	541
Publikationen öffentlicher Stellen . . . . .	542
Blogposts sowie sonstige Onlinebeiträge . . . . .	542
Sachregister . . . . .	543
Personenregister . . . . .	549